

Niederschrift

SpKFS/VIII/5

Niederschrift über die Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses der Gemeinde Rosendahl am 20.01.2011 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Die Ausschussvorsitzende

Everding, Clara

Die Ausschussmitglieder

Eimers, Alfred
Isfort, Mechthild
Kreutzfeldt-Körner, Brigitte
Meier, Lisa Margeaux
Mensing, Hartwig

Als Vertreter für Michael
Görny

Steindorf, Ralf
Wilde, Andreas

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef
Isfort, Werner
Gottheil, Erich
Roters, Dorothea

Bürgermeister
Kämmerer
Allgemeiner Vertreter
Gleichstellungsbeauftragte,
Produktverantwortliche
stellv. Fachbereichsleiter
Sachbearbeiter
Schriftführerin

Ab TOP 6 ö.S.
Nur Ortsbesichtigung

Croner, Wolfgang
Mertens, Christoph
Wisner-Herrmann, Sabine

Als Gäste zu TOP 4 ö.S.

Mußhoff, Ulrich Prof. Dr.

Vorsitzender des Kulturbeirates in der Gemeinde Altenberge

Rump, Erich

Vorstandsvorsitzender der "Bürgerstiftung Nottuln"

Als Gast

Bußmann, Dieter

Architekt

Nur Ortsbesichtigung

Die Ratsmitglieder als Zuhörer

Espelkott, Tobias
Meier, Frank

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Görny, Michael
Hirtz, Sven

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:45 Uhr

Tagesordnung

Ausschussvorsitzende Everding begrüßte vor der Sitzung des Sport-, Kultur, Familien- und Sozialausschusses um 18:30 Uhr die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Pressevertreter zu einer Besichtigung der Umbaumaßnahme im „Haus der Partnerschaft“, Brink 1 in Osterwick.

Herr Mertens von der Verwaltung und Architekt Bußmann erläuterten zunächst im Erdgeschoss den Fortgang der Umbauarbeiten. In den Räumen der Evangelischen Kirchengemeinde sei eine ca. 12 cm Wanddämmung eingebaut worden. Dadurch könne man den auch bei der Renovierung von Altbauten geforderten Wärmeschutznachweis erbringen. Zusätzlich sei die nach oben führende vordere Treppe von unten abgemauert worden, so dass in der entstehenden Nische ein Wandschrank eingebaut werden könne. Den Einbau des Wandschranks, sowie die Erneuerung des Fußbodens und der Deckenverkleidung werde die Evangelische Kirchengemeinde auf eigene Kosten durchführen.

Ein an der Decke sichtbarer Bauschaden sei durch austretendes Wasser im früheren Badezimmer der Obergeschosswohnung verursacht worden, werde aber durch die Anbringung der neuen Deckenverkleidung behoben. Weiter seien im Erdgeschoss durch Versetzen der Türen und das Einziehen von Wänden ein Küchenraum, sowie Toilettenräume einschließlich eines separaten Behinderten-WCs geschaffen worden.

Im Flurbereich werde zusätzlich eine Wand eingezogen, die den Jugendbereich komplett von den Räumen der Evangelischen Kirchengemeinde und des DRK abtrenne. In diese Wand werde eine Tür eingebaut, die den Besuchern im Erdgeschoss die Nutzung der Toiletten ermögliche. Für diese Baumaßnahme habe man die Fußbodenfliesen aufnehmen müssen, die ansonsten hätten erhalten werden können.

Im Obergeschoss erklärte Architekt Bußmann den Fortgang der Arbeiten zur Dämmung der Außenwände bzw. des Daches. Da es ursprünglich überhaupt keine Dämmung gegeben habe, sei es notwendig den gesamten Drempel neu aufzubauen und die Sparren auf 20 cm aufzustocken, um Platz für das Dämmmaterial zu schaffen. Weiter wies er auf gerissene Dachziegel hin, die man nur von der Innenseite aus habe erkennen können und die nun unbedingt ausgetauscht werden müssten. Das dadurch eingetretene Wasser habe auch einige Dachlatten angegriffen. Dazu warte man auf den Dachdecker. Erst dann könne mit den Dämmarbeiten fortgefahren werden.

Durch das Herausnehmen einiger Wände im Obergeschoss sei der Einbau eines Trägers und einer Metallstütze notwendig geworden, da der Statiker Bedenken angemeldet habe. Insbesondere diese Metallstütze und die Dämm- und Dachreparaturarbeiten sowie ein für die Treppe zusätzlich zu entfernender Balken hätten zu den nicht vorhersehbaren Mehrkosten geführt.

Ausschussvorsitzende Everding bedankte sich für die Ausführungen von Herrn Bußmann und Herrn Mertens und die tatkräftige Mithilfe der anwesenden Jugendlichen bei den Umbauarbeiten.

Ausschussvorsitzende Everding eröffnete nach der Ortsbesichtigung die Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses und begrüßte die Ausschussmitglieder, als Gäste Herrn Prof. Dr. Ulrich Mußhoff und Herrn Erich Rump, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Frau Demmer und Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Sie stellte fest, dass mit Einladung vom 11. Januar 2011 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es wurden keine Anfragen von Einwohnern gestellt.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

Es wurden keine Anfragen von Ausschussmitgliedern gestellt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses am 09. September 2010.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

**4 Prüfauftrag hinsichtlich einer konzeptionellen Umgestaltung der Kulturarbeit der Gemeinde Rosendahl
hier: Vorstellung bereits realisierter Konzepte in den Gemeinden Nottuln und Altenberge
Vorlage: VIII/251**

Ausschussvorsitzende Everding verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/251 und bat zunächst Herrn Erich Rump, Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Nottuln, um einen Bericht über die Entstehung und Arbeit der Bürgerstiftung.

Herr Rump berichtete, dass die Bürgerstiftung Nottuln nach einer Anlaufphase von 2 Jahren vor einem Jahr gegründet worden sei. Das dafür vorgeschriebene Stiftungsgrundkapital von ca. 50.000 € sei durch Sponsoren aus dem Kreis von Bürgerinnen und Bürgern, sowie durch Unterstützung von Firmen und Vereinen zusammen gekommen.

Zu den vorbereitenden Aufgaben habe die Ausarbeitung einer Satzung und von Statuten gehört, die dann der Stiftungsaufsichtsbehörde und dem Finanzamt zur Abstimmung vorgelegt worden seien. Nach der Anerkennung der Bürgerstiftung durch den Regierungspräsidenten habe man mit der Arbeit beginnen können, wobei es innerhalb der Stiftung drei Gremien gebe, den Vorstand, bestehend aus mindestens 3, höchstens aber 7 Personen, den Stiftungsrat, bestehend aus 5 höchstens aber 13 Personen, der den Vorstand wähle und über die Einhaltung des Stiftungszweckes wache, sowie das Stiftungsforum, das den Bericht des Vorstandes über den Geschäftsgang und die Aktivitäten der Stiftung entgegen nehme.

Im ersten Jahr habe es 15 Vorstandssitzungen gegeben, in denen z.B. auch über den Internetauftritt und einen Flyer etc. beraten worden sei.

Aktuell beschäftige man sich in der Bürgerstiftung Nottuln mit Sozialprojekten, da der Bereich Kultur in Nottuln schon ausreichend abgedeckt wird

Für die Arbeit an verschiedenen Projekten müsse nun wieder Geld gesammelt wer-

den, da das eigentliche Stiftungskapital in Höhe von 50.000 € angelegt werde und die Erträge noch nicht ausreichend seien, um damit arbeiten zu können.

Er selbst habe in 30-jähriger Stiftungsarbeit in verschiedenen Stiftungen erfahren können, dass z. B. Ehepaare ohne Kinder oder auch Erblasser daran interessiert seien, ihr Kapital in eine Stiftung einzubringen.

Wichtig sei insbesondere die Pressearbeit, um die Stiftung publik zu machen und evtl. Spender über die steuerlichen Vorteile zu informieren. Stifter könne man ab einem Betrag von 1.000 € werden. Mit größeren Stiftungsbeträgen könne man erst nach einiger Zeit rechnen.

Eine Bürgerstiftung könne nur funktionieren, wenn sie von ehrenamtlichem Engagement getragen sei.

Fraktionsvorsitzender Steindorf rekapitulierte, dass eine Stiftung also grundsätzlich von den Erträgen des Stiftungskapitals lebe, wenn keine weiteren Spenden eingingen.

Dies sei richtig, erklärte Herr Rump, daher bestehe die Arbeit des Vorstandes zu einem großen Teil darin, neue Stifter und Sponsoren zu akquirieren.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, wie sich die Inflation auf das bestehende Stiftungskapital auswirke und ob dies entsprechend berücksichtigt werde.

Herr Rump erklärte, dass dieses Problem noch nicht abschließend gelöst worden sei.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte weiter, ob durch die Bürgerstiftung Nottuln nur Projekte gefördert würden, die an anderer Stelle noch keine Förderung erhielten.

Herr Rump bejahte dies und betonte, dass die Bürgerstiftung kein Konkurrenzunternehmen zu anderen Vereinen oder Institutionen sein solle.

Ausschussmitglied Eimers fragte, wie die Idee, eine Bürgerstiftung zu gründen, entstanden sei.

Herr Rump erklärte, dass es sich dabei um eine politische Entscheidung gehandelt habe, die erst nach einem halben Jahr intensiver Beratung gefällt worden sei.

Ausschussmitglied Eimers fragte weiter, welche Kulturarbeit von der Gemeinde Nottuln betrieben werde.

In Nottuln gebe es einen Kulturverein, der von ehrenamtlichen Mitarbeitern betrieben werde. Die Gemeinde selbst betreibe keine Kulturarbeit, erklärte Herr Rump.

Ausschussmitglied Meier fragte, ob diese Arbeit des Kulturvereins tatsächlich komplett ehrenamtlich geleistet werde und ob es keine anfallenden Kosten gebe.

Natürlich gebe es anfallende Kosten, erklärte Herr Rump, die aber momentan noch komplett von den Vorstandsmitgliedern aufgefangen werden würden. Für die Durchführung der Veranstaltung „Italienische Nacht“ seien auch Spenden gesammelt worden.

Ausschussvorsitzende Everding fasste zusammen, dass es in Bezug auf die Kulturarbeit demnach keine Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Gemeinde Nottuln gebe.

Dies wurde von Herrn Rump bestätigt.

Ausschussvorsitzende Everding bedankte sich bei Herrn Rump für seine Ausführungen und bat sodann Herrn Prof. Dr. Ulrich Mußhoff, über seine Arbeit im Kulturbeirat in der Gemeinde Altenberge zu berichten.

Prof. Dr. Mußhoff berichtete über die Veränderungen in der Vereinslandschaft der Gemeinde Altenberge in den letzten zehn Jahren. Es habe immer schon Vereine gegeben, wie den Musikverein, die Musikschule, Schützenvereine, den Kulturring, den Kunstverein und den Sportverein.

Durch die Gründung der Kulturwerkstatt e.V. die ehrenamtlich betrieben werde, habe man die Idee, der Gemeinde Altenberge mehr kulturelle Identität zu verschaffen, umsetzen können.

Die Kulturwerkstatt sei beheimatet in einem alten Fabrikgebäude, das geteilt worden sei. Einen Teil nutze die Kulturwerkstatt für Veranstaltungen, der andere Teil könne von Künstlern, wie Malern, Grafikern und Bildhauern günstig angemietet werden. Die Kulturwerkstatt habe die Idee umsetzen wollen, mit den bestehenden Vereinen zusammen zu arbeiten, um produktiver und kreativer sein zu können. Daher habe man sich strukturelle Gegebenheiten überlegt, die die einzelnen Vereine besser mit einander kommunizieren ließen.

Dazu habe man im Jahr 2010 den „Kulturfonds Altenberge“ gegründet. Grundstock hierfür sei ein Kapital aus dem Erhalt von Preisgeldern in Höhe von 15.000 € für die Teilnahme am Landeswettbewerb „Kommunales Entwicklungskonzept für kulturelle Bildung“. Weiter sei im Haushalt der Gemeinde Altenberge eine Summe von 10.000 € jährlich veranschlagt, die dem Kulturfonds ausgezahlt werden sollen, solange es die Haushaltssituation erlaube. Aus dem Kulturfonds würden Vereine gefördert, die in Verbindung mit mindestens einem weiteren Verein oder einer Institution eine kulturelle Veranstaltung durchführten. Damit wolle man die Synergieeffekte fördern. Als Beispiel nannte er hier die Aufführung eines plattdeutschen Märchens in Zusammenarbeit des Heimatvereins mit der Grundschule.

Das Geld werde vom Kulturbeirat, ein Gremium bestehend aus 9 Personen (Bürgermeister der Gemeinde, Kulturbeauftragte der Gemeinde, 2 Mitarbeiter der Kindergärten und 5 Vertreter der örtlichen Vereine), bewilligt.

Um Geld aus dem Kulturfonds zu erhalten, müsse man einen Antrag stellen, in dem der Titel des geplanten Projektes, die gewünschte Summe und die geplante Eigeninitiative angegeben werden müsse.

Die Kulturbeauftragte der Gemeinde sei für die Koordinierung von Projekten (auch in größerem Rahmen, z.B. Skulpturenprojekt mit ca. 800 Mitwirkenden) beratend und unterstützend tätig und stelle Zuschussanträge.

Wichtig sei, dass das Geld nur an kooperierende Partner vergeben werde.

Bürgermeister Niehues fragte, in welchem Umfang die Kulturbeauftragte bei der Gemeinde Altenberge beschäftigt sei und wie Geld in den Kulturfonds gelange.

Prof. Dr. Mußhoff erklärte, dass die Kulturbeauftragte im Rahmen einer 20- Stunden Stelle beschäftigt gewesen sei und während der letzten 2 Jahre eine Summe von 38.750 € an Landes- und Stiftungsmitteln akquiriert habe.

Die im Haushalt bereit gestellten Mittel seien noch nicht abgerufen worden, da man bisher mit den Spendengeldern habe arbeiten können und man hoffe, auch in Zukunft entsprechende Spendengelder einbringen zu können. Dies sei jedoch schwierig, da man langjährige Sponsoren von einzelnen Vereinen dazu bringen müsse, nicht mehr an die Vereine sondern an den Kulturfonds zu spenden.

Bürgermeister Niehues erkundigte sich, welche Summen jährlich an die Vereine ausgezahlt würden.

Bisher bewege sich dies im Rahmen von ca. 5.000 € antwortete Prof. Dr. Mußhoff, wobei insgesamt 10.000 € zur Verfügung stünden. Ein Viertel dieser Summe, also 2.500 € stehe der Kulturbeauftragten für kleinere Projekte direkt zur Verfügung, da-

mit sie bei Bedarf schnell agieren könne.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, ob nur Projekte aus den bestehenden Vereinen gefördert würden.

Prof. Dr. Mußhoff bestätigte dies, sofern mindestens 2 Kooperationspartner an einem Projekt beteiligt seien.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte weiter, wie der bestehende Kulturring mit dem Angebot der Kulturwerkstatt umgehe.

Prof. Dr. Mußhoff erklärte, dass der Kulturring nur aus ganz wenigen Mitgliedern bestehe und in erster Linie klassische Veranstaltungen biete, wobei die Finanzierung über die Grundförderung der Gemeinde Altenberge sichergestellt sei. Es habe aber auch schon gemeinsame Veranstaltungen mit der Kulturwerkstatt gegeben, die aus dem Kulturfonds gefördert wurden.

Ausschussmitglied Eimers fragte, ob die Kulturwerkstatt auch als Verein eingetragen sei.

Dies wurde von Prof. Dr. Mußhoff bestätigt.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, woher die „Manpower“ für die gesamte Arbeit des Kulturfonds komme.

Diese rekrutiere sich aus den ca. 60 Mitgliedern der Kulturwerkstatt, wovon tatsächlich nur 5 – 7 Mitglieder aktiv an der Organisation und der Umsetzung von Projekten beteiligt sei, erklärte Prof. Dr. Mußhoff.

Ausschussmitglied Eimers fragte, ob die Miete für das Fabrikgebäude, in dem die Kulturwerkstatt und die Künstler untergebracht seien, durch die Vermietung an die Künstler aufgebracht werde.

Prof. Dr. Mußhoff erklärte, dass die Künstler nur eine sehr geringe Miete in Höhe von ca. 50 € monatlich bezahlen müssten, für das Gebäude aber eine Gesamtmiete von ca. 1.000 € monatlich aufgebracht werden müsse. Da der Verein keine Gewinne machen dürfe, versuche man, diesen Betrag über freiwillige Mitgliedsbeiträge (gestaffelt) und die Einnahmen aus Projekten aufzubringen. Das sei natürlich gerade im Anfang schwierig.

Frau Roters fragte nach, wie sich die Arbeit der Kulturbeauftragten gestaltet habe und ob nicht alle schwierigen oder auch unangenehmen Aufgaben an die Verwaltung abgeschoben worden seien.

Prof. Dr. Mußhoff berichtete, dass die Kulturbeauftragte dies nicht so empfunden habe, im Gegenteil habe sie ihre Tätigkeit als sehr zufriedenstellend erlebt. Allerdings sei im Zuge der Haushaltsberatungen die Stelle der Kulturbeauftragten auf 10 Stunden gekürzt worden, so dass die bisherige Stelleninhaberin ihre Tätigkeit in der Verwaltung nicht fortgesetzt habe. Sie sei jetzt als Geschäftsführerin der Kulturwerkstatt tätig.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass er die am heutigen Abend vorgestellten Daten und Fakten sehr interessant finde und darum bitte, die vorgestellten Modelle auch über die Medien zu kommunizieren. Seine Fraktion werde der Erteilung eines Prüfauftrages für die Verwaltung zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass die Intention zur Erteilung eines Prüf-

auftrages gewesen sei, eine Möglichkeit zu finden, den Haushalt der Gemeinde Rosendahl zu entlasten und dabei die Bevölkerung „mit ins Boot“ zu nehmen. Damit solle dann auch eine Entlastung der Kulturbeauftragten Frau Roters einhergehen. Er fragte daher Frau Roters, wie groß sie das Einsparpotential insbesondere im persönlichen Bereich einschätze.

Frau Roters erklärte, dass der Zeitaufwand für die Durchführung der eigentlichen Kulturveranstaltung mit ca. 20 % anzusetzen sei, die Vorbereitung einer Veranstaltung dagegen sei mit ca. 80 % anzusetzen. Die Mithilfe von Kollegen aus der Verwaltung bei der Durchführung von Veranstaltungen erfolge zum größten Teil ehrenamtlich. Daher gebe es hier nur ein geringes Entlastungspotential. Lediglich bei der Vorbereitung der Veranstaltungen könne man durch eine Ansiedlung außerhalb der Verwaltung eine Entlastung schaffen.

Ausschussmitglied Eimers richtete die Frage an die vortragenden Gäste Herrn Rump und Herrn Prof. Dr. Mußhoff, warum sie sich für das jeweils vorgestellte Modell entschieden hätten.

Herr Rump erklärte, dass dies durch das Spektrum vorgegeben worden sei, das abgedeckt werden solle. In Nottuln habe es bereits reichlich Kulturarbeit gegeben, daher habe man sich für die Stiftung entschieden, die verschiedene Ziele für ihre Arbeit angeben könne.

Prof. Dr. Mußhoff erklärte, dass man sich für das vorgestellte Modell entschieden habe, da man die zahlreich vorhandenen Vereine vernetzen wollte und es nicht möglich gewesen sei, das erforderliche Kapital für eine Stiftung aufzubringen.

Ausschussvorsitzende Everding fragte Herrn Prof. Dr. Mußhoff, ob es bei der Arbeit des „Kulturfonds Altenberge“ auch eine Vernetzung mit umliegenden Städten und Gemeinden geben werde.

Dies sei grundsätzlich nicht geplant, erklärte Prof. Dr. Mußhoff, aber erstmalig gebe es ein Projekt der Jugendkunstschule zusammen mit der Kulturwerkstatt („Kulturwerkstatt mobil“), wobei die überörtliche Vernetzung von Kindergärten im Mittelpunkt stehe.

Fraktionsvorsitzender Mensing fasste zusammen, dass man in jedem Falle engagierte, ehrenamtlich tätige Personen brauche, um vor allen Dingen Gelder zu akquirieren. Er bezweifle, dass dies in der Gemeinde Rosendahl möglich sei. In der Gemeinde Altenberge habe es ein Defizit an Kultur gegeben, diesen Druck sehe er jedoch in der Gemeinde Rosendahl überhaupt nicht, da es hier ein hervorragendes und vielseitiges Kulturprogramm gebe. Er tendiere daher eher zu der Variante Förderverein, um die Verwaltung insbesondere in der Vorbereitung von Veranstaltungen entlasten zu können.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass er die Formulierung des Beschlussvorschlages angemessen und sinnvoll finde und man über dieses Thema im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gemeindeentwicklungskonzeptes weiter diskutieren könne.

Frau Roters erklärte, dass man den Beschlussvorschlag der Verwaltung bewusst offen formuliert habe, obwohl sie selbst nach den heutigen Vorträgen eher geneigt sei, eine Bürgerstiftung als geeignetere Variante für die Gemeinde Rosendahl anzusehen. Sie schlage daher vor, bis zur nächsten Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses darüber nachzudenken.

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies nochmals auf die ursprüngliche Intention der Haushaltsentlastung und plädierte dafür, im Beschlussvorschlag die Bürgerstiftung

und den Förderverein als gleichwertig nebeneinander zu stellen, indem man die Klammer weglasse und das Wort „alternativ“ durch „bzw.“ ersetze.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt-Körner gab zu bedenken, dass das Wort „Förderverein“ nicht den eigentlichen Zweck wiedergebe und plädierte für den Ersatz des Wortes durch „Kulturverein“.

Ausschussvorsitzende Everding ließ sodann über folgenden geänderten Beschluss **abstimmen**:
geänderten **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Voraussetzungen zur Begründung einer Bürgerstiftung bzw. eines Kulturvereins in Rosendahl gegeben sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5 **Haushaltsplan für das Jahr 2011** **hier: Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses** **Vorlage: VIII/250**

Ausschussvorsitzende Everding verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/250.

Fraktionsvorsitzender Steindorf berichtete über die durchgeführten Haushaltsberatungen der CDU-Fraktion trotz der aktuellen Entwicklung in Bund und Land. Man habe sich die zu beratenden Punkte angesehen, sei aber zu dem Schluss gekommen, dass es sich nicht lohne, weitere geringfügige Sparvorschläge zu unterbreiten, da man die verwaltungsseitigen Vorschläge grundsätzlich befürworte.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass er sich seinem Vorredner weitgehend anschließe, aber um eine Erläuterung zu zwei Produkten im Haushaltsplan (HH-Plan) bitte. Es handele sich um die Produkte 16 (Kulturveranstaltungen und -förderung) und 20 (Sportanlagen), bei denen jeweils unter dem Pkt. 28 (S. 142 und S. 158) „Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen“ aufgeführt seien. Er bitte um eine Auflistung über das Protokoll, was sich dahinter verberge und warum beim Produkt 20 eine deutliche Erhöhung zu verzeichnen sei.

Kämmerer Isfort erklärte, dass er dies sofort erklären könne. Es handele sich bei beiden Punkten unter anderem um Unterhaltungsaufwendungen wie Gas, Wasser, Strom, Abwasser und den Einsatz von Energiesparmaßnahmen, die sich auf die zugehörigen Gebäude beziehe, wie beim Produkt 20 (Sportanlagen) die Sportplätze mit aufstehenden Gebäuden, sowie die Sporthallen und beim Produkt 16 (Kulturveranstaltungen und -förderung) um ebensolche Aufwendungen für die Heimathäuser.

Ausschussmitglied Meier erklärte, dass sie nicht glaube, dass ein genehmigungsfähiger Haushalt zustande kommen werde. Sie betonte, dass die Zustimmung zu Einzelprodukten seitens der FDP-Fraktion nicht die Zustimmung zum gesamten Haushalt bedeute.

Sie fragte, warum beim Produkt 19 (Gemeindliche Kinder-, Jugend- und Familienförderung) unter dem Pkt. 15, Transferaufwendungen, Pos. 06003.531810, (S. 154 HH-Plan) weiterhin die Familienförderung beim Erwerb von Baugrundstücken in Höhe von 13.000 € aufgeführt sei, obwohl man doch im Haushalts sicherungskonzept (HSK) beschlossen habe, diese Förderung nicht weiter zu gewähren.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass es sich um eine fiktive Summe handle, die für bereits bestehende Verträge mit Familien, die die Geburt eines weiteren Kindes erwarteten, bereitgestellt werden müsse.

Ausschussmitglied Meier teilte mit, dass seitens der FDP-Fraktion eine gerechtere Verteilung der Zuwendungen an Vereine, insbesondere der Sportvereine gewünscht werde. Sie verwies hier auf das Produkt 21 (Sportförderung) im HH-Plan.

Kämmerer Isfort erklärte, dass man nicht nur von den unter diesem Produkt dargestellten Zuschüssen ausgehen könne, da für viele andere Vereine die Zuschüsse bei anderen Produkten veranschlagt seien.

Fraktionsvorsitzender Steindorf plädierte dafür, im Ausschuss keinen Beschluss zum Haushalt zu fassen.

Kämmerer Isfort erklärte, dass er durchaus festgestellt habe, dass der Haushaltsentwurf der Verwaltung im Allgemeinen Zustimmung gefunden habe und wies darauf hin, dass der Fachausschuss die Pflicht zur Vorberatung habe und lediglich einen Beschlussvorschlag fasse. Die weiteren Beratungen würden dann im Haupt- und Finanzausschuss sowie abschließend im Rat erfolgen.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die im Entwurf des Haushaltes 2011 enthaltenen Teilergebnispläne für die Produkte

- 03 Gleichberechtigung von Frau und Mann
- 07 Städtepartnerschaften
- 16 Kulturveranstaltungen und -förderung
- 19 Gemeindliche Kinder-, Jugend- und Familienförderung
- 20 Sportanlagen
- 21 Sportförderung
- 22 Öffentlicher Personennahverkehr
- 37 Bürgerbüro
- 38 Standesamt
- 41 Leistungen nach dem SGB II
- 42 Leistungen nach dem SGB XII
- 43 Unterhaltsleistungen
- 44 Leistungen für ausländische Flüchtlinge
- 45 Sozialversicherung und -versorgung, Seniorenangelegenheiten
- 47 Wohngeld
- 49 Unterkünfte für Aussiedler, Flüchtlinge, Asylbewerber und Wohnungslose *
- 50 Friedhöfe
- 52 Kinderspiel- und Bolzplätze

werden dem Rat unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen sowie Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernissen zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2011 empfohlen.

** Die bisherigen Produkte 48 und 49 wurden unter der lfd. Nr. 49 zusammengefasst.*

Abstimmungsergebnis: 7 Ja Stimmen
1 Enthaltung

meindeentwicklungskonzeptes

Vorlage: VIII/252

Ausschussvorsitzende Everding verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/252.

Fraktionsvorsitzender Steindorf teilte mit, dass die ursprüngliche Idee der Fraktionen gewesen sei, jeweils im Hauptausschuss zum Gemeindeentwicklungskonzept zu beraten. Dem widerspreche jedoch die Zuständigkeitsordnung, so dass das gewünschte Thema „Migration“ in der heutigen Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses auf der Tagesordnung stehe.

Es gebe eine von CDU und FDP erstellte Beratungsvorlage zu diesem Thema, die den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werde, um darüber zu diskutieren. Im weiteren Verlauf solle dann nach Bekanntgabe über die Medien und im Internet auch eine Bürgerbeteiligung ermöglicht werden.

Aus der Beratungsvorlage werde er zunächst den Punkt III „Rosendahler Grundsätze zur Integration“ vortragen und zur Diskussion stellen (**Anlage I**).

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte, dass er sich mit diesem Punkt durchaus einverstanden erklären könne, aber gerne innerhalb der WIR-Fraktion darüber beraten wolle, da ihm die Beratungsvorlage bisher nicht bekannt gewesen sei.

Fraktionsvorsitzender Steindorf richtete an dieser Stelle die Frage an Bürgermeister Niehues, wie der Sachstand zur Anfrage an die Universität Münster und die umliegenden Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung zur Mitarbeit von Studenten an der Erstellung eines Gemeindeentwicklungskonzeptes aussehe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es von den Fachhochschulen eine Zwischenmeldung, aber noch keine endgültige Antwort gebe. Von der Universität Münster gebe es noch keine Rückmeldung. Die geplante Internetplattform sei bereits eingerichtet. Er fragte, ob der heute vorgetragene Beitrag dort bereits eingestellt werden solle.

Fraktionsvorsitzender Steindorf bejahte dieses, fragte aber nach, ob eine Kontrolle der eingehenden Stellungnahmen gesichert sei, um unflätige oder herabsetzende Äußerungen zu verhindern.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass eine zusätzliche Email-Adresse Gemeindeentwicklung@rosendahl.de eingerichtet wurde und dort eingehende Beiträge nur gesammelt würden, aber nicht, wie in einem Forum, für alle sichtbar seien. Die eingehenden Beiträge würden dann in der nächsten Sitzung als Diskussionsgrundlage vorgelegt.

Fraktionsvorsitzender Mensing verwies noch einmal darauf, dass er die vorgelegte Beratungsvorlage heute zum ersten Mal zu Gesicht bekomme und zunächst eine Beratung darüber innerhalb der Fraktion wünsche.

Fraktionsvorsitzender Steindorf plädierte dafür, die komplette Beratungsvorlage sofort ins Internet zu stellen, eine endgültige Formulierung solle ja ohnehin erst nach Eingang von Ideen und Vorschlägen der Bürger erfolgen. Die Vorlage sei ein Entwurf von CDU und FDP. Änderungswünsche oder -vorschläge könne die WIR-Fraktion per Email einbringen und damit eine Diskussionsgrundlage für die nächste Sitzung schaffen.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärte sich nicht damit einverstanden, dass das komplette von der CDU- und FDP-Fraktion erstellte Papier ins Internet eingestellt werde.

Fraktionsvorsitzender Steindorf schlug als Kompromisslösung vor, nur den vorgelegten Punkt III der Beratungsvorlage ins Internet zu stellen und die restlichen Punkte der Vorlage durch die FDP-Fraktion als Stellungnahmen einfließen zu lassen. In der nächsten Sitzung könne man über die eingegangenen Stellungnahmen von FDP und WIR-Fraktion sowie von Bürgern und Bürgerinnen diskutieren.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt-Körner wies darauf hin, dass eine entsprechende Pressemitteilung notwendig sei, um interessierte Bürgerinnen und Bürger auf das Bestehen der Internet-Plattform aufmerksam zu machen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass auf der Homepage der Gemeinde Rosendahl unter „News“ darauf hingewiesen und ebenso zusätzlich in der Presse darüber berichtet werde.

Ausschussmitglied Meier kritisierte, dass die FDP-Fraktion beim geplanten Vorgehen nicht die Möglichkeit habe, ihren Wortbeitrag öffentlich zu machen. Mit der alleinigen Veröffentlichung des Punktes III aus dem Gesamtpapier werde dieser aus dem Kontext gerissen.

Bürgermeister Niehues schlug daraufhin vor, eingehende Beiträge der Fraktionen von Herrn Brüggemann ins Netz stellen zu lassen und zur Diskussion zu stellen, so dass evtl. mehrere Artikel parallel kommentiert werden könnten.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass es für CDU- und FDP-Fraktion ok sei, wenn zunächst die anderen Fraktionen über das vorgelegte Papier berieten und man daher nur den Punkt III ins Internet stelle, um überhaupt einen Anfang zu machen.

Ferner verständigten sich die Ausschussmitglieder darauf, in der nächsten Sitzung das Thema „Kulturelle Entwicklung in Rosendahl“ als 2. Beratungspunkt für die Erstellung des Gemeindeentwicklungskonzeptes zu beraten.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschluss**:

Punkt III der vorgelegten Beratungsvorlage wird ab sofort ins Internet gestellt. Die dazu eingegangenen Beiträge und Kommentare werden in der nächsten Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7 **Bericht über das Rosendahler Kulturprogramm 2010 und Ausblick auf das Kulturjahr 2011**

Frau Roters berichtete rückblickend über das Rosendahler Kulturprogramm 2010, dessen Veranstaltungen alle mit der erwarteten Resonanz stattgefunden hätten. Insgesamt habe man 2.600 Besucher/innen begrüßen können. Dies wären sogar noch mehr gewesen, wenn nicht die Veranstaltung des IMPRO 005-Theaters für Kinder vor Weihnachten aufgrund der Wetterlage hätte abgesagt werden müssen. Eine Verteilung der Besucherzahlen auf die in vier Sparten auf gegliederten Veranstaltungen könne man der Grafik 4 auf dem zu Beginn der Sitzung verteilten Arbeitsblatt (**Anlage II**) entnehmen.

Das Kulturprogramm 2011 werde in der schon bewährten Struktur durchgeführt, bestehend aus Lesungen, den Liederabenden, sowie Kabarett- und Musikabenden (Bullemänner und Ferrari-Küsschen). Für die Kabarett-Veranstaltung der Bullemän-

ner seien ohne Werbung bereits ca. 200 Karten verkauft worden, dazu kämen noch ca. 150 – 200 Inhaber der Kulturkarte.

Insgesamt seien für 2011 bereits 218 Kulturkarten verkauft worden, davon 53 kleine Kulturkarten. Wie aus den Grafiken 1 + 2 (**Anlage II**) zu ersehen sei, sei die Absatzentwicklung sowohl für die kleine als auch für die große Kulturkarte seit 2005 kontinuierlich angestiegen, wobei die große Kulturkarte mit deutlich höheren Zahlen angenommen werde. Anhand der Grafik 3 zur Verteilung nach Wohnorten könne man deutlich erkennen, dass 55 % der Karten an Rosendahler Bürger verkauft würden, der Rest an auswärtige Orte.

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Besuchsdienst zum Projekt "Informierte Eltern haben es leichter!"

Frau Roters berichtete über den seit dem Sommer 2010 stattfindenden Besuchsdienst für junge Eltern im Rahmen des Projektes „Informierte Eltern haben es leichter!“.

Im Jahr 2010 habe es insgesamt 81 Geburten gegeben. Von den Begrüßungspaketen seien 50 durch den Besuchsdienst abgegeben worden, 5 seien auf dem Postweg übersandt worden, da die Eltern keinen Besuch wünschten. Die Diskrepanz zu den Geburtenzahlen ergebe sich daraus, dass der Besuchsdienst erst im Laufe des Jahres 2010 eingerichtet worden sei und die Eltern erst ca. 6 bis 8 Wochen nach der Geburt ihrer Kinder besuche. So würden die Eltern von Ende November und im Dezember 2010 geborenen Kindern erst in den nächsten Wochen besucht. Insgesamt könne eine sehr positive Resonanz festgestellt werden.

8.2 Workshop zur Initiierung eines Lokalen Bündnisses für Familie

Frau Roters berichtete über einen Regionalworkshop zur Initiierung und zum Aufbau Lokaler Bündnisse im Kreis Coesfeld, der am 19. November 2010 im WBK (Zentrum für Wissen, Bildung und Kultur) in Coesfeld stattgefunden habe. Die Einladung hierzu habe sich gezielt an Institutionen, Vereine, Verbände und einzelne Akteure gewandt, die Interesse an einer Mitarbeit haben könnten.

Das Ziel sei die Initiierung neuer Netzwerke und Bündnisse im Kreis Coesfeld gewesen, insbesondere Lokaler Bündnisse für Familien, die nachhaltige Lösungen für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort, insbesondere im Bereich der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf anstoßen sollten. Anwesend seien zu diesem Workshop hauptsächlich Vertreter/innen der Räte und Verwaltungen gewesen, dagegen kaum Vertreter aus der Wirtschaft. Ein generelles Interesse habe bestanden, aber die Frage der Umsetzung habe noch nicht geklärt werden können, da ehrenamtliches Engagement von Bürger/innen gefragt sei und auch Ideengeber notwendig seien.

Für die Gemeinde Rosendahl könne man feststellen, dass im Hinblick auf Familienfreundlichkeit schon viele Punkte vorzuweisen seien. Allerdings seien eine stärkere Vernetzung und mehr Miteinander der Akteure wünschenswert. Die Verankerung in der Bevölkerung müsse noch gesichert werden.

Man könne beim Servicebüro „Lokale Bündnisse“ in Bonn Unterstützung anfordern, um den Prozess z.B. mit einer attraktiven Auftaktveranstaltung in Gang zu bringen.

8.3 Konzeptionierung eines gemeinsamen Kulturprojektes der Baumberge-Kommunen

Frau Roters verwies auf den in der Ratssitzung am 07. Oktober 2010 erteilten Auftrag an die Verwaltung, über die Möglichkeit der Durchführung einer gemeinsamen Kulturveranstaltung der Baumberge-Kommunen Billerbeck, Coesfeld, Havixbeck, Nottuln und Rosendahl zu beraten.

Am 13. Dezember 2010 habe es eine gemeinsame Besprechung mit Vertretern der genannten Kommunen gegeben, die zu dem Ergebnis gekommen sei, dass es grundsätzlich ein großes Interesse an einer Kooperation gebe und eine Umsetzung machbar sei.

Die Eckpunkte für eine entsprechende Veranstaltung habe man bereits festgelegt. Es solle eine Busfahrt für ca. 50 Personen angeboten werden, verbunden mit einem besonderen Kulturevent und einem Abendessen/Menü. Es handele sich dabei um ein Überraschungsprogramm, dass nur in groben Zügen bekannt gegeben und beworben werde. Ein Teilnehmerbeitrag von 50 € /Person sei erforderlich. Dadurch sollen die reinen Veranstaltungskosten abgedeckt werden. Gegebenenfalls sei aber ein zusätzliches Sponsoring erforderlich.

Da es sich um ein Überraschungsprogramm handele, sei hier im Ausschuss keine konkretere Darlegung möglich, ohne das Konzept zu gefährden.

Ein weiterer Besprechungstermin sei für den 31. Januar 2011 in Coesfeld anberaumt worden. Angesichts des finanziellen Einbruchs bei allen beteiligten Kommunen sei jedoch nicht auszuschließen, dass von dem Projekt doch noch Abstand genommen werde.

8.4 Internationaler Frauentag am 25. März 2011

Frau Roters wies auf eine Großveranstaltung zur Feier von „100 Jahre internationaler Frauentag“ am 25. März 2011 in der Bürgerhalle Coesfeld hin.

Es handele sich dabei um eine Kooperationsveranstaltung aller Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Coesfeld. Angeboten werde ein sehr attraktives Programm mit einer eigens erstellten Ausstellung mit regionalen Bezügen, eine Talkrunde mit Gästen, wie u.a. Ministerin Steffens, ein Kabarettprogramm mit der Kabarettistin Michaela Maria Drux, sowie ein mediterranes Buffet.

9 Mitteilungen aus dem Rosendahler Jugendforum

Frau Roters berichtete über das 4. Treffen des Jugendforums in den geplanten Räumen für die Offene Jugendarbeit im „Haus der Partnerschaft“, Brink 1 in Osterwick am 04. Oktober 2010.

Die Einladung dazu sei schriftlich an alle Vereine gegangen sowie über die Homepage der Offenen Jugendarbeit (OJA) veröffentlicht worden.

Teilgenommen hätten 15 Teilnehmer, sowie das Team der OJA. 5 Vereinsvertreter hatten ihre Teilnahme abgesagt. Die Tagesordnung habe sich mit der aktuellen Umbaumaßnahme beschäftigt, wobei an Ort und Stelle neue Anregungen und Ideen aufgenommen wurden und zur aktiven Mitarbeit der Jugendlichen an der Umbaumaßnahme aufgerufen wurde.

Ein neues Treffen sei noch nicht terminiert worden, da man den Abschluss der Umbaumaßnahme abwarten wolle. Sie erwarte für das Jugendforum neuen Schwung und neue Impulse, wenn die Arbeit in den neu gestalteten Räumen stattfinden könne.

Ausschussvorsitzende Everding fragte, warum die Jugendlichen aus den Vereinen noch keinen Bezug zum Jugendforum hergestellt hätten und wie man dies beheben könne.

Frau Roters erklärte, dass sie eine dahingehende Entwicklung erwarte, sobald die Räume für die Jugendlichen fertig gestellt und nutzbar seien.

Fraktionsvorsitzender Steindorf merkte an, dass es bereits eine Kooperation zwischen dem Sportverein „Schwarz-Weiß-Holtwick 09“ und dem Jugendforum gebe.

10 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

10.1 Stellungnahme zum Vortrag der Gastredner - Herr Stroot

Herr Stroot äußerte sich begeistert zu den Vorträgen der Gastredner und schlug vor, die Bürger/Innen, die sich für die geplanten Generationenparks in den Ortsteilen Holtwick und Darfeld einbrächten, auch in eine eventuell entstehende Bürgerstiftung oder einen Kulturverein einzubinden.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass man darüber erst viel später beraten könne.

Clara Everding
Ausschussvorsitzende/r

Sabine Wisner-Herrmann
Schriftführer/in